

**Kann man es mit der Hygiene auch übertreiben?
Politische Korrektheit, aseptischer Diskurs, unkultiviertes Untergrundgrummeln**

I. Die Ambivalenz „politischer Kommunikationshygiene“

Über unser Thema steht alles Grundlegende wieder einmal bei – nein, nicht Platon und Aristoteles, auch nicht in der Bibel oder im „Faust“. Es steht bei Konfuzius. In einer der von seinen Schülern überlieferten Lehren heißt es:

"Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Reden nicht; stimmen die Reden nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht; gedeihen Moral und Kunst nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen".

Für das, was wir zu besprechen haben, sagt dieser Text zweierlei.

Zum einen fordert er uns auf: Sorgt für *richtige* Begriffe und Redeweisen – für solche, die Moral und Kunst gedeihen lassen und dem Zusammenleben Orientierung geben. Kultiviert also Begriffe, die andere nicht herabsetzen und nicht trotzig machen, und haltet solche Begriffe und Redeweisen in Gebrauch, die dabei helfen, unsere Aufgaben gut zu erfüllen, unsere Pflichten immer besser zu tun. Anders gesagt: Betreibt Kommunikationshygiene in praktischer Absicht!

Daran ist gewiss nichts falsch. In genau dieser Absicht entstand denn auch die moderne Karriere des Begriffs der „politischen Korrektheit“, nämlich im seit den 1980er Jahren in den USA systematisch unternommenen Versuch, schon die *Ansatzpunkte* einer Ausgrenzung und Verächtlichmachung von Minderheiten zum Verschwinden zu bringen – jene nämlich, die sich in der Alltagssprache und im alltäglichen Sprechen finden. Diese Idee begeistert wohl jeden, der auf sie trifft und sie versteht.

Zum anderen aber mahnt uns Konfuzius, den Dingen schon auch ihre alltagssprachlich *zutreffenden* Namen zu geben, also – um einen schönen englischen Idiomatismus ins Deutsche zu wenden – einen Spaten einen Spaten zu nennen, und Krieg eben Krieg. Denn tut man das nicht, so vergegenwärtigt man sich Zustände, die gar nicht so bestehen, wie man sie heißt; dann vernebelt man Schwierigkeiten, die es anzugehen gälte; dann motiviert man nicht zu jenen Handlungen, die einer gegebenen Situation angemessen wären; und dann stiftet man oft mehr Schaden als erhofften Nutzen.

Im Streit um „politische Korrektheit“ und um ihr rechtes Maß wird offenbar genau die Spanne zwischen diesen beiden Lesarten jenes „Wortes des Konfuzius“ vermessen. Wichtig ist einesteils das Streben nach wohlangebrachten, nach – anhand vernünftiger

Urteilsmaßstäbe – „korrekten“ Sprech- und Denkweisen. Andernteils ist das Einfordern „korrekter“ Sprech- und Denkweisen gefährlich, wenn hinter den herangezogenen Urteilsmaßstäben die Vernunft zu fehlen scheint oder es sich nach machtgestützter Böswilligkeit anfühlt, wenn – vielleicht inhaltlich sogar zutreffend – anhand dieser Maßstäbe geurteilt wird. Des Kaisers friedenssichernde Krone hätten nämlich die aufsässigen Schweizer schon respektiert; doch gegen Geßlers willkürlich zur Verehrung erhöhten Hut revoltierten sie. Das war auch gut so – und wir sind doch alle auf ihrer Seite, wenn wir Schillers „Wilhelm Tell“ sehen.

II. Die Dialektik „richtigen Redens“

Übertreibt Konfuzius aber nicht, wenn er so große Bedeutung gerade jenem „Streit um Begriffe“ beimisst, über den wir uns – angesichts mancher Wortklauberei und beckmesserisch eingeforderter „geschlechtergerechter Sprache“ – doch so gerne lustig machen? Die rechte Antwort findet, wer sich die folgende Wirkungskette vor Augen führt.

Jene Sprache, mittels welcher wir uns im Alltag über die Welt „da draußen“ verständigen, prägt die Selbstverständlichkeiten unseres Denkens über die „Welt um uns herum“. Sie prägt auch, wie wir unseren Platz in dieser Welt einschätzen und was wir für richtige oder für falsche Handlungen in dieser Welt ansehen. Es beeinflussen also die routinemäßig benutzten Begriffe und Redeweisen unser Denken und Urteilen; beides zusammen beeinflusst unser Tun; und unser aller Handlungen, die über gemeinsames Sprechen, Denken und Urteilen so fest miteinander verflochten sind: Sie bringen jene Wirklichkeit hervor, die uns umgibt – die soziale Wirklichkeit nicht minder als die kulturelle.

Gilt nun diese uns umgebende Wirklichkeit als *gut*, nach welchem Maßstab auch immer bemessen, so ist es durchaus angebracht, die sie hervorbringenden Handlungen, Ideen und Sprechweisen auf Dauer zu stellen und gegen Veränderungen abzusichern. Was als „korrektes“ Handeln, Denken und Sprechen gilt, ergibt sich dann aus jenem *Ist*-Zustand der uns umgebenden Verhältnisse, den wir absichern wollen.

Gilt aber die uns umgebende Wirklichkeit als *schlecht*, nach welchem Maßstab auch immer bemessen, so ist es sehr wohl angebracht, die solches Schlechte hervorbringenden Handlungen, Ideen und Sprechweisen zu hinterfragen, zu kritisieren, sie nicht länger zu akzeptieren, ja sie zu ändern. Was als „korrekt“ gilt, ergibt sich dann aus einem *Soll*-Zustand. Ihn zeigen uns Visionen und Utopien, machen uns Religionen, Ideologien, Welt-Anschauungen plausibel. Und sie alle verfestigen ihre eigenen Selbstverständlichkeiten durch Festlegung „richtiger“ und „akzeptabler“ Begriffe oder Denkweisen im Kontrast zu solchen, die – von solcher Warte aus gesehen – „unkorrekt“, eine Frechheit, ja ein Sprech- oder Gedankenverbrechen sind.

Bedenkt man das alles, so wird man sich nicht darüber wundern, dass dem Verlangen nach „politischer Korrektheit“ je nach konkreter Situation, in der ihm Raum gegeben wird, *beides*

innewohnt: sowohl die Kritik am Bestehenden samt dem Wunsch, jenen das Wort abzuschneiden, die auf dessen Bewahrung setzen – als auch der Wunsch, den für erreicht empfundenen Soll-Zustand gegen jene abzusichern, die ihn verändern wollen, also gerade den *Kritikern* den Mund zu verbieten.

Von daher kommt es auch, dass „Fortschrittliche“ die Provokation, das Rütteln an Tabus, das Lächerlichmachen des *Etablierten* nur solange aufs Äußerste schätzen, wie sie noch nicht selbst in der Lage sind, die Zustände zu prägen. Von daher kommt ebenfalls, dass weiland oppositionelle Herausforderer einer bestehenden Ordnung – ist einmal ihre *eigene* Hegemonie intellektueller, kultureller oder politischer Art errungen – so unerbittlich jene zur Verantwortung ziehen, brandmarken und ausgrenzen, die nun ihrerseits das inzwischen Etablierte in Frage stellen. Anscheinend kann der *Fortschrittliche* – einmal auf der Siegerstraße – gar nicht anders, als im weiterhin Andersredenden, Andersdenkenden und Andershandelnden einfach einen „Reaktionär“ zu sehen. Hingegen hat der *historisch* denkende Beobachter die Wandlungsdynamik von Dialektik vor Augen, nämlich das ewige Wechselspiel vom Einen und seinem Gegenteil, sozusagen von These und Antithese, deren gemeinsame Frucht erneutes Suchen nach einer Alternative hervorruft.

Und von dieser Warte aus erkennt man dann: Politische Korrektheit und ihre politische Rolle gründlich zu verstehen, verlangt von vornherein den Blick auf die *Doppeldeutigkeit* und die umstandsabhängige *Verzweckung* des als „korrekt“ Behaupteten. Was heute wirklich nicht mehr als praktizierte *Kommunikationshygiene* ist, *sterilisiert* morgen vielleicht den Diskurs – und war gestern noch ein höchst *subversiver* Angriff auf frühere Selbstverständlichkeiten.

III. Begriffskämpfe als Machtkämpfe

Tatsächlich geht es beim Einfordern oder Verweigern „politischer Korrektheit“ im Kern um einen Machtkampf, also – in Max Webers trefflicher Definition – um den Kampf um die Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen. In diesem Kampf hat Macht gleichsam „drei Gesichter“.

Ihr erstes „Gesicht“, die „Durchsetzungsmacht“, zeigt sich stets dann, wenn tatsächlich – und sei es mittels vorausseilender Willfährigkeit des Anderen – *der eigene Wille gegen Widerstreben durchgesetzt* wird. Macht dieser Art wurde ausgeübt, als der Irak gegen seinen Willen gezwungen wurde, Kuwait wieder freizugeben – oder der Plagiator Guttenberg zum Rücktritt.

Das zweite „Gesicht der Macht“ ist die „Verhinderungsmacht“. Man erblickt es dort, wo es gelingt, *eine Entscheidung zu verhindern*. Dann ist zwar noch nicht der eigene Wille durchgesetzt; doch immerhin wurde auch dem Willen des anderen die Möglichkeit genommen, sich seinerseits durchzusetzen. Macht in diesem Sinn liegt etwa vor, wenn auf EU-Gipfeln ein Land sich allen Kompromissvorschlägen verweigert.

Und wie sieht das „dritte Gesicht“ der Macht aus? Es wird sichtbar, wenn um die Maßstäbe und Inhalte des politisch Akzeptablen und Korrekten gerungen wird.

Das geschieht einerseits beim Versuch, die *Agenda des politischen Streites* dadurch zu beeinflussen oder zu kontrollieren, dass Antworten mit Verbindlichkeitsanspruch auf folgende Fragen gegeben werden: Was ist an politischen Wünschen, gar Handlungen wohl „denkbar“, was anderes aber „undenkbar“? Was ist überhaupt „politisch“ – und was anderes einfach „kriminell“?

Andererseits zeigt sich das „dritte Gesicht“ der Macht in den Kämpfen um die zu verwendenden *Begriffe und Symbole* des Nachdenkens oder Streitens über Politisches und seine Optionen. Hier geht es um den Erwerb und die Ausübung jener „kommunikativen Macht“, die – oft auch schon *vorauswirkend* – das politische Denken, Reden und Handeln prägt, und zwar das von Kollektiven nicht minder als das von Einzelnen. Man begegnet dieser Macht beim Ringen um die begriffliche oder intellektuelle Hegemonie im politischen Streit, um die Grenzen politischer Tabus, um die – gerade in einer Demokratie so folgenreiche – „Luftthoheit über den Stammtischen“.

Bei solchem Ringen wird versucht, schon die *Durchführungsmittel*, die „kommunikativen Ressourcen“ des politischen Diskurses und politischer Prozesse so auszugestalten, dass die Chancen der Einen auf erfolgreiche Durchsetzung ihrer politischer Inhalte steigen, die der Anderen aber sinken. Derartige Macht wird sichtbar bei jeder Auseinandersetzung darüber, ob die Regelungsmaterie des Paragraphen 218 StGB als „Schwangerschaftsunterbrechung“ oder als „Tötung ungeborener Menschen“ zu bezeichnen sei. Sie wurde sichtbar im Streit der 1970er Jahre darüber, ob man die Westdeutschland eine „Industriegesellschaft“ oder „Spätkapitalismus“ zu nennen habe. Und sie bekommt jederzeit zu spüren, wer – wie einst Heiner Geißler vor dem Bundestag – darauf beharren sollte, Nationalsozialisten seien eben auch Sozialisten gewesen, wie das ihre Selbstbezeichnung doch nahelegen kann.

IV. „Politische Korrektheit“ und „Wirklichkeitspolitik“

Beim Kampf um Begriffe, von denen – nach Konfuzius – das „Gelingen der Werke“ abhängt, beim streitigen Festlegen der Maßstäbe für wirklichkeitskonstruktiv „korrektes“ Sprechen, geht es somit um „Wirklichkeitspolitik“, nämlich darum, was als „wirklich“ – und nicht als „bloß eingebildet“ – zu behandeln wäre. Gerade deshalb fühlt sich die dabei eingesetzte Macht für die Bewahrer eines *status quo* so willkommen an, für dessen Kritiker aber höchst schmerzlich.

Noch recht harmlos fängt das Wirken wirklichkeitspolitischer Macht an im wechselseitig erwarteten Verzicht auf neuartige Sprechweisen. Diese könnten ja einen neuen, recht anderen Blickwinkel auf die Wirklichkeit einrasten – und dann vielleicht Deutungen der bestehenden Zustände nahelegen, die in einer etablierten politischen Kultur unwillkommen sind, weil sie nach unerwünschten Handlungen verlangten. Die Geschichte der

Thematisierung russischer Aktivitäten auf der Krim und in der Ostukraine war in den letzten Monaten ein Lehrstück zu diesen Zusammenhängen. Doch überhaupt nicht harmlos mündet Wirklichkeitspolitik stets in wirkungsvolle Methoden zur Ausgrenzung jener, die als „politisch unkorrekt“ aufgefallen sind.

Vier solche Methoden sind hervorzuheben. Wer sich noch an die Aufwallungen um den ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin, um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann oder um die ehemalige Nachrichtensprecherin Eva Herman erinnern sollte, dem wird es an konkreten Beispielen für die Methoden der Durchsetzung politischer Korrektheit noch weniger fehlen als dem Beobachter des derzeitigen Streits um die AfD.

Die erste Methode lässt sich „kommunikative Deprivation“ nennen. Ihre Verwendung erkennt man daran, dass Gespräche mit einem auffällig Gewordenen so geführt werden, dass man zwar selbst seine eigenen, den anderen herabsetzenden oder ausgrenzenden Wirklichkeitsbeschreibungen gut verbreiten kann, dass es dem Anderen aber verwehrt wird, in der gleichen Gesprächssituation korrigierend oder rechtfertigend einzugreifen. In freien Gesellschaften ist diese Methode am Werk, wenn man einem Diskussionsteilnehmer Mal um Mal das Wort abschneidet, oder wenn Eva Herman aus Johannes B. Keners Talkshow vor laufender Kamera von den „recht und billig denkenden“ Studiogästen vertrieben wird. Und in Diktaturen beobachtet man diese Methode beim Umgang von Behörden mit „widerspenstigen Bürgern“ ebenso wie bei der Führung von Schauprozessen.

Die zweite Methode des Umgangs mit politisch auffällig Gewordenen heißt „strategische Kontextbildung“. Ihre Verwendung liegt vor, wenn jemandes Sprechen, Denken oder Handeln anhand von geschickt montierten Äußerungen so dargestellt wird, dass sich auch unvoreingenommenen Zuhörern der Eindruck aufdrängt, da denke, rede oder handle jemand systematisch in einer Weise, die den innerhalb der politischen Gemeinschaft plausiblen Normalitätsvorstellungen nicht entspricht, ja sogar deren Fortbestand gefährden könnte. Diesen Nachweis führt man am besten so, dass die Beschreibung des Redens, Denkens und Handelns des Auszugrenzenden gezielt mit kontrastierenden Beschreibungen dessen koppelt wird, was plausiblerweise als „normal“ anzusehen ist. Genau im Kunststück, anhand geeigneter Darstellungstechniken, ihrerseits oft rhetorisch kampfwertgesteigert, auch Dritte zielgerichtet zur routinemäßigen Verwendung von solchen „Kontraststrukturen“ anzuhalten, besteht die „strategische Kontextbildung“.

Gelingt sie, so kann man aussichtsreich auf die „Degradierung“ des auffällig Gewordenen ausgehen. Der erste Schritt dieser dritten Methode besteht im Versuch, möglichst viele Mitmenschen des Auszugrenzenden, zumal für ihn wichtige, dazu anzuhalten, dass sie den inzwischen als „unkorrekt“, vielleicht gar als „abnormal“ *etikettierten* Verletzer etablierter Sprech- oder Verhaltenscodes nun auch noch in aller Selbstverständlichkeit als Außenseiter *behandeln*. Das ist ohnehin der Kerngedanke jeder Intrige. Deren Erfolgsgeheimnis besteht darin, dass der Auszugrenzende aufgrund von *absichtlichen Störungen* seiner bisherigen Alltagsvollzüge mit einiger Wahrscheinlichkeit zur *tatsächlichen Einnahme* einer

Außenseiterrolle veranlasst wird. Dabei ist es ziemlich gleich, *warum* sich der zu Degradierende abnormal verhält, etwa aus Trotz oder aus zuvor risikoloser Naivität. Wichtig ist nur, *dass* er sich bald auch *selbst* zum Außenseiter macht. In Diktaturen wird diese Methode tausendfach angewandt in Form jener „operativen Zersetzung“, die auf Denunziation oder Verleumdung zu folgen pflegt. Und in freiheitlichen Staaten liegt sie jenem sozialen Druck zugrunde, den man an den exemplarisch erwähnten Schicksalen von Thilo Sarrazin, Martin Hohmann und Eva Herman detailreich studieren kann.

Hat sich der zunächst als Außenseiter vielleicht ja nur Etikettierte dann mit einiger Plausibilität „objektiv“ zum Außenseiter gemacht, so lässt sich leicht der zweite Schritt der Degradierung tun. Ihn erkennt man in Diktaturen, doch freilich nicht nur dort, an Zeremonien der Kritik und Selbstkritik sowie an Schauprozessen. In freiheitlichen Staaten nehmen letztere typischerweise die Form massenmedialer Skandalisierungskampagnen an, inzwischen auch von Shitstorms im Internet, dann mitunter ihrerseits berichterstattungsträchtig sind. Und ganz allgemein erkennt man derlei Degradierungsversuche überall dort, wo „Anklagen“ vor virtuellen oder realen Gerichtshöfen erhoben werden – und dann Parteischiedsgerichte, Gremien für Personalfragen, Fakultätsräte oder Volksgerichtshöfe über einen Angeklagten urteilen dürfen.

Für den Erfolg einer solchen Anklage ist es dann sehr vorteilhaft, ausdrücklich darauf Bezug zu nehmen, was hinsichtlich einer unbedingt in Geltung zu haltenden moralischen oder natürlichen Ordnung zwar „eigentlich“ als notwendig und unverfügbar gelten müsse, vom auffällig Gewordenen aber gerade in Zweifel gezogen, ja womöglich gar verächtlich gemacht werde. Das kann „unser Staat“ ebenso sein wie „unsere Religion“, und das können „zivilisatorische Errungenschaften“ nicht minder sein als „Lehren aus der Geschichte“.

Besonders durchschlagskräftig wird die Anklage, wenn es gelingt, die vielleicht ja in der Tat problematischen Rede- und Verhaltensweisen des Auszugrenzenden als gerade *nicht* – womöglich verständliche, ja vielleicht sogar verzeihbare – Regelverletzungen eines *Einzelnen* hinzustellen, sondern sie als *die Allgemeinheit bedrohende* Vergehen eines gefährlichen *Typs von Person* verständlich zu machen. Nicht gegen einen konkreten Menschen und sein Tun, sondern auf die im Einzelfall ganz austauschbare Erscheinungsform *des Feindes* richtet sich dann die Anklage. Besonders gut macht es sich dabei, wenn die Ankläger als Vertreter *aller* „recht und billig Denkenden“ auftreten, als Anwälte und Verteidiger der höchsten Werte einer Gemeinschaft, und wenn sie zeigen können, dass sich die Anklage auf genau die Verletzung jener höchsten Werte bezieht. Und natürlich sollte man solche Anklagen vor solchen Institutionen erheben, deren Stellungnahmen zur Anklage bzw. zum Angeklagten solche wirklichkeitskonstruktiven Folgen zeitigen, gegen die der Angeklagte sich nicht erfolgreich zur Wehr setzen kann – etwa in Form von Gerichtsurteilen oder von massenmedialer Berichterstattung.

Selbst wenn die Anklage zurückgewiesen wird oder sich im Lauf der Zeit als gegenstandslos erweisen sollte, bleibt ja immer etwas Degradierendes hängen. Und will man ausdrücklich dafür sorgen, so reicht es, wenn man bei jeder sich bietenden Gelegenheit von einem

„umstrittenen Autor“ redet – oder vom „einst in heftige Auseinandersetzungen verwickelten Politiker“.

Obsiegt aber die Anklage, so können, viertens, in sehr systematischer Weise die – ganz zutreffend so zu nennenden – „Liquidierungsmethoden“ angewendet werden. Dabei mag sich „Liquidierung“, im noch harmlosesten Fall, nur auf die kommunikativen Möglichkeiten des Auszugrenzenden erstrecken. Dann wird man sich damit begnügen, ihn kommunikativ kaltzustellen, ihn um sein Amt zu bringen, ihn einzusperren oder zu exilieren. Liquidierung kann aber auch die ganze Person des Auszugrenzenden einbeziehen. Dann kann man ihn für unvernünftig, vielleicht gar für unmündig erklären. Man kann ihn in eine psychiatrische Anstalt verbringen und dort vielleicht auch noch so behandeln lassen, dass er tatsächlich geisteskrank wird. Man kann ihn aber auch umbringen, wofür die Möglichkeiten von einem fingierten Verkehrsunfall bis zur Exekution nach „ordentlicher Verurteilung“ reichen.

Im Übrigen kann die Liquidierung befristet sein, wie im Fall einer Verbannung oder Exilierung, oder endgültigen Charakter haben, wobei im äußersten Fall auch noch die *damnatio memoriae*, die Tilgung der Spuren jeglicher Existenz des Auszugrenzenden versucht werden mag. Zumal totalitäre Regime liefern für alle diese Liquidierungsmethoden Beispiele zuhauf. Sie sind aber auch in freiheitlichen Staaten nicht schwer zu finden, etwa wenn Journalisten vom Fernsehschirm bzw. aus den Spalten eines Journals verdrängt werden, oder wenn sich Politiker aus ihren Fraktionen oder Parteien ausgeschlossen finden, weil sie sich in einer Weise geäußert oder verhalten haben, die ihre Gegner nicht akzeptieren wollen – und die ihre Kollegen zu unterstützen sich nicht trauen.

Natürlich wirkt über solche Methoden ausgeübte Macht nicht nur durch unmittelbare Anwendung. Es reicht meist die Erinnerung an Fälle, in denen sie andere traf. Und wenn dank reiner *Vorauswirkung* ohnehin alle *physischen* Anwendungsspuren dieser Machtmittel fehlen, dann bleibt dem so Ausgegrenzten nicht einmal die Chance auf einen überzeugenden Nachweis dessen, „wie es wirklich gewesen ist“, als ihm sein wider „politisch Korrektes“ löckender Stachel gezogen wurde.

V. Risiken und Nebenwirkungen: aseptischer Diskurs, unkultiviertes Untergrundgrummeln

Mit den Ergebnissen solcher Sicherung politischer Kommunikationshygiene verhält es sich wie mit einer bei der Krebsbekämpfung erfolgreichen Chemotherapie: Die Nebenwirkungen können den Erfolg beim Hauptanliegen verderben.

Zu Recht sind wir in Deutschland damit sehr zufrieden, dass es breiten Verfassungskonsens über unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gibt; dass Nationalismus und Rassismus keine Chancen haben, sich im öffentlichen Diskurs durchzusetzen; und dass eine sehr gemäßigte Sprache unsere Parlamentsdebatten und die meisten unserer Talkshows prägt. Das alles sind Errungenschaften, die zu verteidigen lohnt. Doch es lohnt schon auch, die Nebenwirkungen und Risiken unserer Therapiemethoden zu beachten.

Die eine Nebenwirkung sind politische Diskurse, die oft umso abstrakter, formalartiger, intellektuell keimfreier und gleichsam „aseptischer“ werden, je mehr sich an ihnen Politiker beteiligen, die über das Karrierestadium des Provokateurs hinausgelangt sind. Obendrein steigt umso mehr in der politischen und intellektuellen Öffentlichkeit das Verlangen nach praktizierter Antisepsis, also nach dem Ausschluss von „missverständlichen“ Begriffen oder Redeweisen, je umstrittener jene Politikfelder sind, auf die sich der Diskurs bezieht. Der Wunsch, auf keine Minen zu treten oder „Beifall von der falschen Seite“ zu erhalten, rät dann davon ab, diskursive Trampelpfade zu verlassen.

Noch im Bereich des ziemlich Harmlosen befindet man sich, wenn beim Streben nach kommunikativer Antisepsis nur Begriffswörter ausgetauscht werden, die Sache selbst aber kenntlich bleibt. So ging es etwa beim – auf uns ausstrahlenden – US-amerikanischen Diskurs um die korrekte Bezeichnung nicht-kaukasischer und nicht-asiatischer Mitmenschen: Aus Negern wurden erst Schwarze, dann Afro-Amerikaner. Damit streifte man zwar verletzende Kontexte ab, was durchaus wertvoll ist, kam aber einer auf effektive, nicht auf eher symbolische Politik angewiesenen Lösung wichtiger Probleme trotzdem nicht viel näher.

Viel weniger harmlos ist es, wenn die bevorzugten Begriffswörter ihrerseits jene Zusammenhänge verschleiern, über die stets dann zu reden wäre, wenn – in den Worten von Konfuzius – „*die Werke zustande kommen*“ müssten und das Volk darüber zu belehren wäre, wohin es „*Hand und Fuß setzen*“ setzen solle. Dergleichen liegt vor, wenn aus Einwanderern, um deren Integration man sich *politisch* mühen müsste, einfach „Mitmenschen mit Migrationshintergrund“ werden, die anscheinend im neuen Umfeld auch nicht mehr Probleme machen als einst die Wessis in Ostdeutschland. Derlei liegt auch vor, wenn – wie neue Sprechregeln es wollen – Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, Armutsmigranten und Sozialzuwanderer allesamt unter den Begriff der „*refugees*“ gezogen werden, welcher – durchaus absichtsvoll – gleiche Reaktionen auf höchst unterschiedliche Problemlagen einfordert. Und derlei liegt erst recht vor, wenn Zahlungsverpflichtungen im Transfersystem von EU und Eurozone rundum als „Solidarmaßnahmen“ etikettiert werden, während nicht wenige Beobachter *zusätzliche* Begriffe für hilfreich hielten, die an solchen Solidarmaßnahmen auch das *Politikfehler Kompensierende*, das *Gutwilligkeit Ausnutzende*, das *mit Geschichtsargumenten Abpressende* erörterbar machten.

Das Aseptische nicht weniger politischer Diskurse besteht nun gerade im *Verweigern* solcher Begriffe, die unwillkommene Kontexte des Abzuhandelnden schon im gleichen Diskurs ansprechbar machten und mit Einsichten aus dem Hauptstrang des Diskurses in Beziehung zu setzen erlaubten. Wer aseptisch – also gleichsam frei von den ansteckenden Keimen anderer Diskurse – argumentieren will, der kann zwar in einer freien Gesellschaft mit Recht darauf verweisen, dass man über all jene anderen Dinge sehr wohl reden könne, dass freilich „hier und jetzt“ nicht der „richtige Zusammenhang“, der „richtige Ort“ oder die „richtige Zeit“ wäre. Das mag sogar stimmen. Doch Definitionsmacht über die „Richtigkeit“ des Zusammenhangs, des Ortes oder der Zeit wird dann zur eben zur Machtressource einer Festlegung des hier-und-jetzt auch *politisch* Korrekten.

Was aber sind wohl die *Nebenwirkungen*, wenn die Zuschneidung und Portionierung der als korrekt akzeptierten Diskurse einmal nicht der Struktur jener Probleme entsprechen sollte, die es – auf der Grundlage diskursiver Deliberation – zu lösen gälte? Und was sind die *Risiken*, wenn bereits die *Frage* – ohne Ausgrenzungsrisiko – unerörterbar wird, ob Diskurslogik und Problemlogik im konkreten Fall wirklich zusammenpassten?

Die hohe Schule politischer Antisepsiskunst, die jene Risiken und Nebenwirkungen sogar maximiert, besteht im Etikettieren von Denk- und Handlungsweisen als „alternativlos“. Damit ist dann nicht nur das *politisch* Korrekte vom Unkorrekten geschieden, sondern überhaupt das *sachlich* Korrekte vom Abwegigen. Wer anderes will als jener, der plausibel oder machtgestützt solche „Alternativlosigkeit“ behauptet, der verfolgt dann nicht einfach nur falsche Ziele, sondern ist simpel zu töricht, um das von der „Natur der Sache Gebotene“ zu begreifen. Er ist folglich auch kein – womöglich respektvoll zu behandelnder – Gegner mehr, sondern befindet sich bestenfalls im Rang eines Lehrlings, der einfach nicht versteht, wovon der Meister spricht. Oder man schreibt ihm, gleich ob zu Recht oder zu Unrecht, das Niveau eines Dummkopfs zu, den man – sollte er gar noch dreist werden – aus dem politischen Diskurs ohnehin ausgrenzen muss. So erging es – in diesem Fall allerdings mit guten Gründen – einst der DVU und der NPD. Das gleiche versuchte man, schon weniger überzeugend, mit jenen „Eurokritikern“, die während der Eurokrise eine „Alternative für Deutschland“ suchten. Und so hält man es heute, nicht gerade mit durchschlagendem Erfolg, mit deren inzwischen neu gegründeter Partei gleichen Namens. Was immer aus ihr noch werden mag: Derzeit wählen sie viele als Alternative zum etablierten politisch Korrekten.

Der aktuelle Blick auf die AfD bringt uns zum wohl wichtigsten *Risiko* einer anscheinend zu weit getriebenen politischen Kommunikationshygiene. Aufgrund der mit ihr einhergehenden Ab- und Ausgrenzungspraktiken entsteht nämlich eine Kluft zwischen öffentlicher und privater Sprache. Es kommt zu Spannungen zwischen dem, was man – durch eigene Erfahrung oder durch Beispiel anderer belehrt – in wachsamer Selbstkontrolle in der Öffentlichkeit, gar vor Journalisten sagt, und dem, was man äußert, wenn man sich wechselseitig einer einvernehmlichen Änderung der Spielregeln durch die unwidersprochene Bemerkung vergewissert hat: „Jetzt sind wir unter uns, jetzt können wir offen reden!“ Diesen Sachverhalt durch Übertreibung zur Kentlichkeit entstellend, lässt sich formulieren: Allzu strenge politische Kommunikationshygiene führt zu einem Klima öffentlicher Heuchelei.

Deren Kehrseite ist ein Stammtischgrummeln, das aus zwei Gründen keine Kultivierung mehr erfährt. Erstens wird von Schleusenwärtern und Sittenwächtern öffentlicher Diskurse ohnehin als Dummkopf oder reaktionärer Schwadronneur ausgegrenzt, wer – kommunikativ unerfahren oder intellektuell wenig beschlagen – sich mit quer zur Mehrheitsmeinung stehenden Alltagsreden der Öffentlichkeit aussetzt. Die Chance auf eine Kultivierung der Ansichten und Redeweisen seinesgleichen in diskursiver Bewährung sinkt dann. Und zweitens vermeidet, erniedrigende Beispiele vor Augen, dialogisches Reden ohnehin ein Großteil derer, die ihre Sichtweisen in einer angefeindeten Minderheitslage vermuten. Bevölkerungsdiskurs und Elitendiskurs zerfallen dann, und jene „Legitimation durch

Kommunikation“ gelingt dann nicht mehr quer über die Gesellschaft, auf die ein freiheitliches Staatswesen doch angewiesen ist.

Bisweilen kommt es dann zum hilflos-provozierenden Auftrumpfen von unten her: „Das ist meine Meinung; die wird man doch in diesem Land noch sagen dürfen!“ Das schon – doch eben nicht straflos. Schaukeln sich dann Konfrontationen zwischen dem Volk und seinen Eliten auf, dann werden sie gerade einer Demokratie schlecht bekommen – etwa dann, wenn die politische Mitte zwischen Protestparteien an den Rändern aufgerieben wird.

In Deutschland ist es inzwischen so, dass wichtige Bestandteile des bundesdeutschen Elitenkonsenses – „Nationales ist schlecht, Multikulturelles aber gut“ usw. – in der Bevölkerung viel weniger Zustimmung finden als unter Intellektuellen und Politikern. Zugleich trägt dieser Konsens mancherlei zivilreligiöse Züge, was Streit um ihn oft genug zum Konfessionskrieg macht. Jedenfalls wird von vielen Bürgern die Verteidigung dieses Konsenses gegenüber Abweichlern als „Aufzwingen von Geboten und Verboten politischer Korrektheit“ wahrgenommen, zumal oft schon bloßer Begriffsgebrauch bestraft wird. Das wiederum verleitet zu Trotz und Provokation. Hierauf reagierende Ausgrenzungsversuche erfolgen meist durch Etikettierung als „rechtspopulistisch“, und sie führen zum „Kampf gegen rechts“. Das aber empfinden viele Deutsche als sich selbst gegenüber ungerechtfertigt, allgemein als überzogen. Und wer sich ohnehin nicht „in der Mitte“ und schon gar nicht als „links“ sieht, den ziehen so aufs Korn genommene Gruppierungen erst recht an. Umgekehrt erscheint ihm jene Mehrheit, die sich in pauschaler „Abgrenzung gegen rechts“ übt, als abgehoben und besserwisserisch. Im Schutz der Wahlkabine rechnet man dann gefahrlos mit ihr ab. Und gelangen dann anti-pluralistische, anti-demokratische Parteien, vielleicht aber auch nur Parteien mit zwar populären, doch sachlich törichten Positionen in die Parlamente, dann ist ziemlich das Gegenteil dessen zustande gekommen, was man mit dem Bemühen um politische Kommunikationshygiene doch erreichen wollte.

VI. Was tun?

Dreierlei ist in dieser Lage von uns zu tun, die wir einen gewissen Einfluss auf öffentliche Diskurse haben – und somit auch Verantwortung für sie.

Erstens gilt es sehr wohl, die Errungenschaften unserer auf Konsens und fairen Umgang miteinander setzenden politischen Kultur zu sichern. Also brauchen wir schon eine Art „politische Kommunikationshygiene“ – und Vorbilder dafür gerade im öffentlichen Reden herausgehobener Persönlichkeiten. Doch diese Kommunikationshygiene muss sich darauf beschränken, die *Minima* pluralistischer Streitkultur zu sichern, als da sind: Konsens über unsere Grundwerte; Konsens über das Erfordernis einer gewaltlosen – und eben auch: einer *kommunikativ* gewaltlosen – Streिताustragung; und Konsens über jene Arenen sowie Institutionen, auf denen und mittels welcher – gemäß den Leitgedanken unserer politischen Ordnung – je konkreter Streit auszutragen ist. Nur aufsprengen würde es aber den gerade

für pluralistischen Streit erforderlichen Minimalkonsens, wollte man immer mehr konkrete Politiken unter Konsensdruck zu stellen und dergestalt kommunikativ vermachten. Eben das aber geschieht seit Langem unter dem Feldzeichen „politischer Korrektheit“ – etwa von der Zuwanderungspolitik bis hin zur Europapolitik.

Zweitens sollten wir ganz abseits von aller politisch-taktischen Verzweckung jene Wirkungsketten und Spielzüge bekannt machen, über welche aus dem schönen Anliegen des Konfuzius, nämlich durch Pflege „richtiger Begriffe“ auf eine „gute Ordnung“ hinzuwirken, jenes obendrein oft fiese und miese Machtspiel wird, dessen Risiken und Nebenwirkungen mehr schaden als nutzen. Es braucht einfach *solche* Aufklärung über die Schattenseiten des Dringens auf politische Korrektheit, die nicht ihrerseits Mittel im politischen Machtkampf ist oder als solches denunziert werden kann. Das im öffentlichen Reden zu leisten, kann gewiss zum Hochseilakt werden. Doch sich auf eine derartige „politische Bildungsaufgabe“ einzulassen, gehört einfach zum Metier derer, die mit Anspruch auf aufklärerische Wirkung öffentlich reden – oder öffentliche Reden verfassen.

Und drittens sollten wir uns bemühen, einen – gewiss immer wieder revisionsbedürftigen – Katalog wirklich tauglicher Standards politischer Korrektheit zu formulieren, ja einen Kanon erfahrungsbewährter, nicht einfach nur weltanschauungsgefälliger, Regeln politischer Kommunikationshygiene aufzustellen. Kriterien guter journalistischer Praxis liefern dafür wichtige Anhaltspunkte; politisches Betriebswissen reichert sie an; praktische Philosophie kann wegweisende Perspektiven aufzeigen. Und wer eigentlich soll das alles der Praxis zur Verfügung stellen – wenn nicht wir, die vom unmittelbaren politischen Handlungsdruck freigestellten Intellektuellen?